

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH,
Frankfurt/Main

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nr. 4/1987 – Dezember

Der Börsenkrach vom 19. Oktober fiel in eine konjunkturelle Phase, in der sich nach viereinhalb Jahren eines zögernden konjunkturellen Aufschwungs in den kapitalistischen Industrieländern deutlich ein Erlahmen der Auftriebskräfte zeigte. Der Rückgang der Aktienkurse um durchschnittlich ein Viertel im Verlauf von Oktober und November 1987, der weitere Verfall der Leitwährung Dollar haben zu einer raschen Ausbreitung von Rezessionsfurcht geführt. Die ohnehin sehr bescheidenen Wachstumsprognosen für 1988 wurden allgemein nach unten korrigiert. Die OECD erwartet für 1988 nur noch eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 1,75 Prozent (gegenüber 2,25 Prozent vor dem Krach). In der Bundesrepublik beläuft sich die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts (BSP) im Jahre 1987 nur noch auf 1,5 Prozent. Es sei daran erinnert, daß die jetzige Bundesregierung die Wahlen im Januar 1987 gewonnen hat vor dem Hintergrund von Prognosen, die eine Beschleunigung des Konjunkturaufschwungs auf drei Prozent vorhergesagt hatten.

Die Prognosen für 1988 gehen bis jetzt von einer Fortsetzung des nur noch sehr langsamen Wachstums in der BRD aus, etwa im gleichen Tempo wie 1987. Dies bedeutet für den Arbeitsmarkt eine weitere Verschlechterung. Ob diese (immer noch „optimistischen“) Prognosen eintreten, hängt weitgehend von der internationalen Konjunktur und von der Entwicklung des Welthandels ab. National sind alle Voraussetzungen für eine neue Rezession gegeben. Der private Verbrauch hat bis jetzt die Konjunktur gestützt. Zwar wird die reale Kaufkraft der Löhne und Gehälter 1988 nicht zurückgehen, es ist aber höchst unwahrscheinlich, daß bei steigender Arbeitslosigkeit die Verbrauchsausgaben stärker steigen als die Kaufkraft der Löhne und Gehälter. Dies nehmen die vorliegenden Prognosen an.

Für die Investitionen versprochen die Unternehmensbefragungen schon vor dem Börsenkrach nur wenig mehr als eine Stagnation. Nach dem Krach ist es wahrscheinlich, daß die bestehenden Pläne weiter gekürzt werden, dies signalisieren jedenfalls erste Meldungen aus einigen Konzernzentralen.

So bleibt entscheidend, ob es nach der Stagnation der Exporte im abgelaufenen Jahr 1988 wieder zu einer Belebung der Ausfuhren kommt, wie es die Prognosen

voraussetzen. Nach dem Verfall des Dollars ist dies aber noch unwahrscheinlicher als vor dem Oktober 1987. Zwar gehen 70 Prozent der bundesdeutschen Ausfuhren in westeuropäische Länder, mehr als die Hälfte in Länder der EG. Aber einmal hat der Kursrutsch des Dollar die DM auch gegenüber den europäischen Währungen unter Aufwertungsdruck gesetzt. Zum anderen ist die Konjunktur in den wichtigsten Abnehmerländern, darunter insbesondere in Frankreich, außerordentlich schwach. Schließlich muß berücksichtigt werden, daß die Aufwertung der DM den Konkurrenzdruck seitens der Importländer erhöht, den bundesdeutschen Produzenten auch von daher Absatzverluste drohen.

Für die Entwicklung des gesamten Welt handels hat die Konjunktur in den USA, dem größten Absatzmarkt der Welt, eine zentrale Bedeutung. Nach dem Börsenkrach ist dort verstärkt der rasche Abbau der Defizite in Staatshaushalt und Handelsbilanz gefordert worden. Unter dem öffentlichen Druck auch aus dem Ausland hat die Administration sich zwar bereitgefunden, durch einige Steuererhöhungen und vor allem Ausgabenkürzungen den Defizitabbau anzugehen: Diese Kürzungen sind aber zu gering ausgefallen, um die unruhigen internationalen Finanzmärkte zu beruhigen – sie sind aber zu hoch, wenn man die labile Konjunktur berücksichtigt. Defizitabbau vor einer Krise ist ein relativ „sicheres“ Mittel, um ihr Herannahen zu beschleunigen.

Dabei wurde und wird oft übersehen, daß nicht die Größe des US-Haushaltsdefizits das Problem darstellt. Denn da die US-Bundesstaaten in der Regel Haushaltsüberschüsse erwirtschaften, ist das gesamte Finanzierungsdefizit aller öffentlichen Haushalte der USA keineswegs exorbitant hoch. Die Gebietskörperschaften in den USA zusammen haben einen jährlichen Fehlbetrag von ungefähr 100 Milliarden Dollar, das sind 2,6 Prozent des US-Sozialprodukts. In der Bundesrepublik liegt diese Quote mit 2,2 Prozent keineswegs markant niedriger. Das Problem in den USA ist denn auch das der Finanzierung dieses Defizits: Bei einer extrem niedrigen gesamtwirtschaftlichen Sparquote ist die Finanzierung in der Vergangenheit durch den Zufluß von Auslandskapital sichergestellt worden. Nun sah sich die US-Notenbank nach dem Krach gezwungen, zur Verhinderung von Ketten-

reaktionen im angespannten US-Kreditwesen die Zinsen herabzuschleusen, was die Attraktivität von Dollaranlagen im Vergleich z. B. zu DM- oder Yen-Papieren vermindert und den Dollarkurs weiter unter Druck gesetzt hat. Gefährdet ist also die Finanzierung sowohl des Haushaltsdefizits als auch des Handelsbilanzdefizits – denn auch die hohen US-Importe können ja nur durch den Zufluß von Auslandskapital finanziert werden. Aus diesem Grunde vor allem ist die US-Regierung nun bemüht, beide Defizite zu reduzieren. Dies aber beschränkt die Exportmöglichkeiten der übrigen Welt, gefährdet die Konjunktur und damit letztendlich auch die Exportmöglichkeiten der USA.

Die Wirtschaftspolitik ist damit in eine Klemme geraten, aus der sie sich im Rahmen der konservativen Konzepte kaum noch befreien kann. Es verwundert daher nicht, daß nun allorten über ein „weltwirtschaftliches Wachstumskonzept“ (Edzard Reuter, Daimler-Benz) nachgedacht wird – allein, es ist gegenwärtig nicht sichtbar, daß die konservativen Regierungen in der notwendigen Konsequenz den geforderten „Abschied nehmen von ihrer überängstlichen wirtschaftspolitischen Deflationsstrategie“ (Reuter).

INHALT

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Industriebranchen
- 1.4 Der Börsenkrach
- 1.5 Geld- und Kapitalmarkt
- 1.6 Investitionen
- 1.7 Außenwirtschaft

2. Konzentration

3. Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Steuerreform
- 3.4 Die Umstrukturierung im Gesundheitswesen
- 3.5 „Ungeschützte“ Arbeitsverhältnisse
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Sozialprodukt

Ein Vergleich zwischen den Prognosen von Ende 1986 für das Jahr 1987 und der tatsächlichen Entwicklung macht deutlich, in welchem Umfang die Konjunktur sich im Jahre 1987 abgekühlt hat.

Prognose und Realität

	1 9 8 7 Prognose ¹	Realität ²	1 9 8 8 Prognose ¹
Privater Verbrauch	+4,0	+3,0	+3,0
Staatsverbrauch	+2,0	+2,0	+1,5
Anlageinvestitionen	+5,0	+1,0	+2,0
Ausfuhr	+0,5	+0,0	+3,5
BSP	+3,0	+1,75	+2,0

¹ Herbstgutachten der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute jeweils vom Oktober
² Schätzung der Institute
 (Quelle: DIW-Wochenberichte Nr. 43/1986 bzw. 45/1987)

Die Schätzung für das laufende Jahr und die Prognose für 1988 wurden zwar nach dem Börsenkrach vom 19. Oktober, aber ohne dessen Berücksichtigung erstellt, müssen also schon jetzt als teilweise überholt angesehen werden. Das Ende November veröffentlichte Sachverständigengutachten beziffert die „Wachstumsraten“ für beide Jahre nur noch auf 1,5 Prozent jeweils.

Die größten „Fehlerquoten“ enthalten die Vorausschätzungen für die Investitionen, wobei sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungs-investitionen betroffen sind: Statt der Ende 1986 prognostizierten Investitionsbelebung hat es eine drastische Verlangsamung, bei den Bauinvestitionen sogar einen absoluten Rückgang gegeben. Offensichtlich ist, daß die den Prognosen zugrundeliegenden „Modelle“ der wirtschaftlichen Zusammenhänge keine auch nur einigermaßen taugliche „Investitionsfunktion“ enthalten. Auf die Möglichkeit eines Einbruchs bei den Investitionen war an dieser Stelle schon vor einem Jahr verwiesen worden (vgl. INFORMATIONEN 4/1986). Vor allem nach dem Ausbruch der Börsenkrise besteht die Gefahr einer durch Investitionsrückgänge „kumulierenden“ neuen zyklischen Krise. Daß es 1988, insbesondere im zweiten Halbjahr, wieder zu einer Investitionsbelebung kommen soll, erscheint vor diesem Hintergrund kaum begründet; es widerspricht auch den Ergebnissen der Unternehmensbefragungen des „Deutschen Industrie- und Handelstages“ (DIHT) und des Ifo-Instituts (welches das Gemeinschaftsgutachten mitträgt). Ifo erwartet 1988 in der Industrie eine Zunahme der Investitionen (überwiegend Ausrüstungs-investitionen) um real ein Prozent, nur wenig schwächer als in den übrigen Sektoren. Der industrielle Investitionszyklus läuft demnach 1988 aus – während das Gemeinschaftsgutachten eine Investitionsbelebung annimmt.

Auch die Erwartungen hinsichtlich des privaten Verbrauchs erscheinen überhöht. Eine unverändert starke Zunahme des Konsums ist kaum mit der ebenfalls prognostizierten deutlichen Verlangsamung bei den realen Nettoarbeitseinkommen vereinbar. Die starke Zunahme bei den entnommenen Gewinnen und Vermögens-einkommen dürfte dies kaum ausgleichen, da dort eine sehr hohe „Sparquote“ festzustellen ist.

Schließlich müssen auch die Hoffnungen auf eine erneute Exportbelebung als reichlich gewagt erscheinen, insbesondere natürlich nach dem erneuten Verfall des Dollarkurses und des damit verbundenen Aufwertungsdrucks der DM gegenüber den westeuropäischen Währungen – bekanntlich erschwert eine solche Aufwertung den Export. Alles deutet gegenwärtig darauf hin, daß es 1988 zu einer weiteren Abschwächung der Konjunktur, möglicherweise sogar zu einer regelrechten Rezession kommen wird.

1.2 Produktion

Die Erholung der Erzeugung im Produzierenden Gewerbe nach dem Einbruch im ersten Vierteljahr 1987 hat sich im dritten Quartal nicht weiter fortgesetzt. Sieht man von starken monatlichen Schwankungen ab – welche statistisch bedingt sind – so blieb die Produktion auf dem Niveau des zweiten Vierteljahrs, der Höhepunkt vom dritten Quartal wurde nicht wieder erreicht.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1985				1986				1987		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
100,6	102,1	104,2	104,7	104,0	105,2	106,1	105,2	102,4	105,0	104,7

¹ Index 1980 = 100
 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Iff.)

Die materielle Warenproduktion liegt weiterhin unter dem jeweiligen Vorjahresstand, lediglich das Verbrauchsgütergewerbe macht dabei eine Ausnahme.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Insgesamt	+4,8	-3,5	-3,4	+2,4	-1,2
Grundstoffe und Produktionsgüter	+2,9	-2,8	+0,4	+4,2	-0,2
Investitionsgüter	+5,2	-4,0	-5,4	+2,7	-0,2
Verbrauchsgüter	+8,1	-3,8	-3,0	+5,9	-3,6

¹ 1987 in % gegenüber dem Vorjahr
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

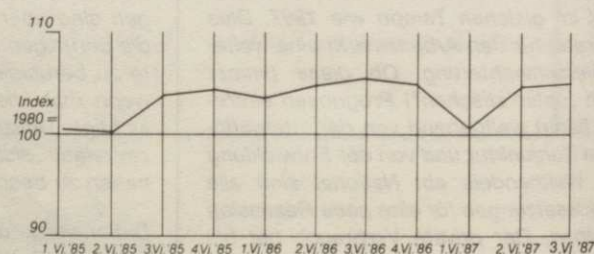
Etwas günstiger als die Produktion haben sich die industriellen Auftragseingänge entwickelt, und zwar sowohl diejenigen aus dem Inland als auch die Auslandsaufträge. Auch hier erschweren allerdings außergewöhnlich starke monatliche Schwankungen (Zunahme im August +7 Prozent, Abnahme im September -5 Prozent) klare Tendenzaussagen.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1986				1987		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
108	109	110	106	104	107	111

¹ Volumen, Index 1980 = 100
 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Iff.)

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



IMSF

Der Vorjahresstand ist hier immerhin erreicht – allerdings nicht bei den Inlandsaufträgen. Es ist der unerwartet stabilen Entwicklung der Auslandsaufträge zu verdanken, daß das Auftragsniveau auf dem recht hohen Stand des Vorjahres verharrt.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Mai	0,0	-0,3	-1,4	+5,3
Juni	-5,4	-2,9	-7,9	-0,7
Juli	-1,6	-1,6	-2,6	+1,5
August	+7,4	+1,3	+10,5	+8,1
September	+2,7	+2,6	+3,3	+0,9

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, zu jeweiligen Preisen
² Vorläufige Ziffern
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Deutlich überschritten wird der Vorjahresstand nur im Verbrauchsgüterbereich – immer noch erweist sich der vor allem preisbedingte Reallohnanstieg der Jahre 1986/87 als Konjunkturstütze.

1.3 Industriebranchen

In der Industrie ist der Produktionshöhepunkt des auslaufenden Konjunkturzyklus überschritten, fast alle großen Industriezweige registrieren Stagnation oder leichte Produktionsrückgänge. Die Situation bleibt allerdings sehr differenziert.

In der **eisenschaffenden Industrie** haben sich Produktion und Absatz auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Dies ändert jedoch nichts an den Plänen zum Arbeitsplatz – und Kapazitätsabbau: Bis Ende 1989 sollen weitere 35 000 Arbeitsplätze (ein Viertel der Belegschaften) verschwinden. Bundesregierung, Unternehmen und Gewerkschaften haben sich auf ein Konzept geeinigt, bei dem mit Hilfe zusätzlicher öffentlicher Mittel dieser Prozeß ohne „betriebsbedingte Kündigungen“ ablaufen soll: Sozialpläne, Qualifizierungsmaßnahmen und die Bereitstellung von Ersatzarbeitsplätzen sollen diesen „Anpassungsprozeß“ abfedern helfen. Schwachpunkt dieses Kompromisses ist die Tatsache, daß es eine bindende Verpflichtung in Sachen Ersatzarbeitsplätze nicht gibt. Die Dimension des Arbeitsplatzabbaus kann zudem weit höher sein: Denn die bisherige Festlegung beruht auf den Plänen der Unternehmen, die EG-Kommission sieht einen weit höheren „Anpassungsbedarf“ vor – nach EG-Vorstellungen müßten rund 80 000 Arbeitsplätze verschwinden.

Etwas günstiger als im ersten Halbjahr 1987 gestaltet sich derzeit die Absatzlage in der **chemischen Industrie**. Während die nominalen Umsatzziffern wegen des Kursverfalls beim Dollar rückläufig sind, liegt die Produktion derzeit geringfügig über dem Vorjahresstand. „Anpassungsbedarf“ gibt es allerdings auch hier: Sowohl in der Chemiefasersparte als auch bei Düngemitteln steht ein weiterer Kapazitätsabbau auf dem Programm. Stagnierender Bedarf und Importe aus „Schwellenländern“ – z.T. Folge gezielter Produktionsverlagerungen der Konzerne – schränken die Absatzmöglichkeiten der inländischen Produktionsstätten ein.

Wachsende Schwierigkeiten nach dem erneuten Dollarverfall sieht der **Maschinenbau**, eine hoch exportorientierte Branche. Etwa ein Viertel der Maschinenausfuhren werden als vom Dollar abhängig bezeichnet, so daß einschneidende Folgen befürchtet werden müssen. Im laufenden Jahr wird mit einem Produktionsrückgang um zwei bis drei Prozent gerechnet, die Auftragseingänge bewegten sich im dritten Vierteljahr um etwa sieben Prozent unter dem Vorjahresniveau, ähnlich stark ist der Rückfall gegenüber dem zweiten Quartal.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	1. Vj. 87	2. Vj. 87	Juli	August
Produzierendes Gewerbe insges.	-0,3	-1,4	-3,2	+2,6
Eisenschaffende Industrie	-9,4	-3,4	+9,1	-0,9
Chemische Industrie	-1,7	+1,0	+3,2	+7,9
Maschinenbau	-1,7	-3,5	-10,4	-2,7
Straßenfahrzeugbau	+5,1	-0,2	-1,6	+7,0
Elektrotechnik	+2,9	-0,2	-5,3	+2,4
EDV-Geräte	-5,6	-4,1	-1,4	+8,6
Textilgewerbe	-0,5	-1,9	-7,5	+10,5
Bekleidungsgewerbe	-1,9	-5,2	-12,3	+1,8
Bauhauptgewerbe	-13,1	-4,4	-7,2	-4,6

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Iff.)

Immer noch vergleichsweise stabil ist die Lage in der **Elektroindustrie**. Der dort dominierende Investitionsgüterbereich leidet zwar – ähnlich wie der Maschinenbau – unter der Verschlechterung des Investitionsklimas und unter den weniger günstigen Exportaussichten. Im Gebrauchsgüterbereich wirkt sich jedoch immer noch die stabile Konsumkonjunktur aus, elektrotechnische Gebrauchsgüter

profitieren von der relativ hohen privaten Kaufkraft überproportional. Der Dollarverfall wird sich allerdings auch in diesem Bereich auswirken: Die Konkurrenten in Fernost (z.B. Korea) haben ihre Währung an den Dollar gekoppelt, so daß vermehrte Importe zu erwarten sind. Der Börsenkrach verbreitet zudem Unsicherheit bei den Konsumenten in USA und Großbritannien, wovon hochwertige Gebrauchsgüter betroffen sind. Auch wird von Unternehmensberatern berichtet, daß große Konzerne nach dem Börsenkrach ihre Investitionspläne für die kommenden Jahre überprüfen – wovon vor allem die Elektroindustrie und der Maschinenbau betroffen würden.

Besonders einschneidend werden die Auswirkungen der Währungs- und Börsenturbulenzen in der **Automobilindustrie** sein. In den USA stellen Verbraucher die Anschaffung hochwertiger deutscher Pkw wie Daimler und Porsche zurück, die Firmen berichten von regelrechten Einbrüchen nach dem 19. Oktober. Die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch den Dollarverfall kommt hinzu. Porsche hat bereits Kurzarbeit angekündigt.

Die Turbulenzen der Finanzmärkte kommen in eine Situation, in der die Automobilindustrie ohnehin den Höhepunkt überschritten hat. Die Rekordzahl von 1986, als 4,3 Millionen Pkw die Bänder verließen, dürfte 1987 nochmals knapp erreicht werden. Für 1988 erwartet aber z.B. das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung einen Rückgang der Produktionsziffern um fünf Prozent. Die auch gegenüber den westeuropäischen Konkurrenten nach dem 19. Oktober wieder aufwertungsträchtige DM dürfte den Importdruck zusätzlich vergrößern, so daß die Automobilindustrie von drei Seiten unter Druck gerät: rückläufige inländische Neuzulassungen, schwierigere Exporte und wachsende Importe. Die Deutsche Shell erwartet in ihrer Prognose bis zum Jahr 2000 nach 1987 einen Rückgang der jährlichen Neuzulassungen auf 2,3 bis 2,5 Millionen, gegenüber mehr als 2,8 Millionen 1986 und 1987.

Die **Textil- und Bekleidungsindustrien** werden gegenwärtig gestützt von der günstigen inländischen Konsumkonjunktur. Ihre Strategie auf vermehrte Exporte, besonders stark sichtbar in der Textilbranche, findet ihre Grenzen an den großen Unsicherheiten auf den Auslandsmärkten, der rückläufige Trend der Erzeugung konnte auch 1987 nicht gestoppt werden. Im Textilbereich liegt die Produktion leicht, im Bekleidungsbereich deutlich (4,5 Prozent) unter dem Vorjahresstand.

Ausgesprochen düstere Meldungen kommen aus der **Bauwirtschaft**. Produktion und Aufträge sind rückläufig, die Erzeugung liegt deutlich unter dem Vorjahresstand. Der zunehmende Pessimismus erstreckt sich auf nahezu alle Bereiche. Im öffentlichen Bau drückt die Verschlechterung der kommunalen Finanzen – auch ein Ergebnis der Steuerreform – auf die Auftragslage, im gewerblichen Bau macht sich der Rückgang der Erweiterungsinvestitionen bemerkbar. Der Wohnungsbau verharrt auf dem tiefen Niveau der Vorjahre. Die Bauwirtschaft befindet sich weiterhin in einer tiefen Strukturkrise. Die Erzeugung des Bauhauptgewerbes dürfte 1987 einen Indexstand von kaum mehr als 80 Prozent erreichen, wobei der Wert für 1980 = 100 gesetzt ist. Allein bei Reparaturen und Rekonstruktionen ist der Trend aufwärts gerichtet.

1.4 Der Börsenkrach

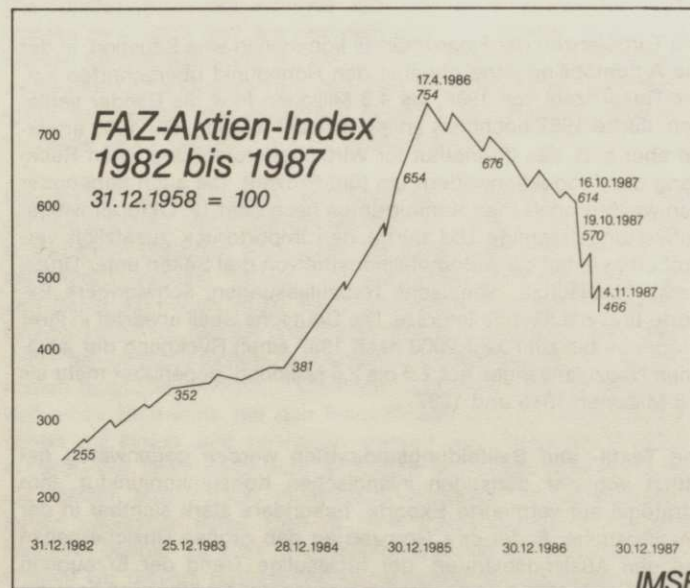
Der Kurssturz Mitte Oktober in Wall Street und danach an sämtlichen Aktienbörsen in Westeuropa und im Fernen Osten hat in breiten Kreisen eine panikartige Stimmung ausgelöst. Aber noch bedenklicher erscheint vielleicht der nachhaltige Verfall des Kurswertes der Aktien, der sich fast kontinuierlich in der zweiten Oktoberhälfte und in der ersten Novemberhälfte vollzogen hat. Wie aus der Tabelle hervorgeht, sind die Aktienkurse innerhalb eines Monats in New York um 20 Prozent, in Tokio, London, Frankfurt am Main, Paris und Mailand zwischen 25 und 33 Prozent bis knapp 40 Prozent in Zürich geschrumpft.

Die bürgerlichen Kommentatoren versuchen jetzt die These aufrechtzuerhalten, daß diese Entwicklung rein spekulativ bedingt sei, daß der Krach eine bloße „Korrektur“ einer spekulativen Überspannung bewirkt habe, während die „reale“ Wirtschaft im Grunde nach wie vor gesund sei. In der Tat hat die Explosion der Profite in den

Der weltweite Kurseinbruch an den Aktienbörsen (Mitte Oktober – Mitte November)

Börsen	Verluste in Prozent
New York	20
Tokio	26
London	33
Frankfurt/Main	30
Zürich	38
Paris	25
Mailand	28

80er Jahren im Zusammenhang mit der niedrigen Investitionstätigkeit in dem realen Sektor der Wirtschaft eine atemberaubende Expansion der Finanzanlagen in fast allen entwickelten kapitalistischen Ländern verursacht. Das Verhältnis zwischen der Geldvermögensbildung bei Unternehmen und privaten Haushalten und dem Bruttosozialprodukt ist in Japan, Großbritannien und Italien



besonders stark gestiegen: von 1,8 Ende 1979 auf 3,1 Ende 1986 in Japan, von 1,8 auf 2,7 in Großbritannien und von 1,4 auf 2,3 in Italien, während dieses Verhältnis in der Bundesrepublik von 1,3 auf 1,6 nur mäßig zugenommen hat und in den Vereinigten Staaten mit 1,8 bis 2 fast unverändert geblieben ist.

Veränderungen in Prozentpunkten zwischen 1979 und 1986 der Anteile an der Verwendung des realen BSP

Länder	Bruttoanlage-investitionen	Verbrauch	Außenbeitrag
USA	-2,0	+6,0	-4,2
Japan	-3,7	-2,4	+5,4
BRD	-1,8	-1,6	+4,9
Frankreich	-2,0	+2,5	+0,5
Großbritannien	-2,3	+3,3	-0,5
Italien	-0,3	+1,8	-0,2
Kanada	-3,0	+3,5	—

(Quelle: OECD, „National Accounts“)

Das heißt aber nicht, daß die Wirtschaft den realen Investitionen die Finanzanlagen „vorgezogen“ hat, weil jede noch so lange und komplizierte Finanzvermittlung letzten Endes die reale Verwendung der Ressourcen beeinflusst: nämlich den privaten Verbrauch, den Staatsverbrauch, die Investitionen und den Außenbeitrag des Sozialprodukts. Wenn man die Veränderungen in den Anteilen dieser Komponenten des BSP zwischen 1979 und 1986 vergleicht, wird ersichtlich, daß in den sieben größten kapitalistischen Ländern der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen zugunsten des Verbrauchs bzw. des Außenbeitrags zurückgegangen ist.

In Japan und in der Bundesrepublik ist der Verbrauchsanteil zurückgegangen, und der Außenbeitrag hat sich um etwa 5 Prozentpunkte verbessert. Bei der anderen Ländergruppe ist die Entwicklung in den USA besonders prägnant: Dort hat der Verbrauchsan-

teil um 6 Prozentpunkte zugenommen, während die Einfuhr von realen Ressourcen aus dem Ausland um 4 Prozentpunkte gestiegen ist. Es ist außerdem hervorzuheben, daß infolge der geschrumpften Lohnquote, die wiederum auf die starke Erhöhung der Arbeitslosigkeit und die Stagnation des realen Lohnniveaus zurückzuführen ist, die Steigerung des privaten Verbrauchs u. a. auf den Steuergeschenken für die Bezieher hoher Einkommen in einigen Ländern (insbesondere in den USA und in Großbritannien) und auf dem merklichen Wachstum der anderen Einkommensarten beruht, unter denen die Profite aus Finanzanlagen einen hohen Anteil bilden.

Der mit dem Börsenkrach verbundene Vermögensverlust, der – verglichen mit den Kurshöhepunkten Mitte 1987 – auf etwa 2000 Milliarden Dollar weltweit geschätzt wird, wird daher Auswirkungen auf die Konsumnachfrage vor allem im Sektor des Luxuskonsums haben. Während in der BRD nur etwa sechs bis sieben Prozent der Haushalte Aktienvermögen besitzen, trifft das für etwa ein Viertel in den USA und rund 15 Prozent in Großbritannien zu. Dabei spielt nicht nur die „psychologische“ Tatsache eine Rolle, daß mit den gesunkenen Buchwerten der Aktiendepots auch die Kaufbereitschaft sinkt, im Baissetrend entfällt für die Masse der „kleinen“ Anleger auch die Möglichkeit zur Realisierung von Kursgewinnen.

Ein weiteres Moment hängt mit den größeren Schwierigkeiten der Unternehmen zusammen, sich durch den Gang an die Börse zusätzliches Eigenkapital zu beschaffen. Obwohl die großen Konzerne in der Regel über ausreichend große Eigenmittel verfügen, um ihre Investitionen zu finanzieren, dürfte dies bei bestimmten mittleren Unternehmen auch die reale Investitionstätigkeit negativ berühren.

Im Gefolge des von den USA ausgehenden Börsenkrachs haben sich die Turbulenzen auch auf die Devisenmärkte ausgedehnt. Der Dollarkurs ist erneut eingebrochen, auf unter DM 1,70 bzw. 135 Yen Ende November.

Der dem Börsenkrach folgende Dollarverfall stellt einen zusätzlichen Unsicherheitsfaktor für den Welthandel dar. Es ist zu erwarten, daß der damit verbundene Druck auf die USA, ihre Defizite in Staatshaushalt und Handelsbilanz zu reduzieren, die ohnehin labile US-Konjunktur weiter gefährdet. Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen befördern rezessive Tendenzen, auch ist mit einer Zunahme protektionistischer Importbeschränkungen in den USA zu rechnen. Zusätzlich zu den Wirkungen des Dollarverfalls auf den Welthandel wäre dies ein weiteres Moment in Richtung auf Exportbeschränkung für Westeuropa und Japan.

Obwohl es zu früh ist, um diese „realen“ Wirkungen von Börsenkrach und Dollarverfall zu quantifizieren, haben nach dem 19. Oktober die Rezessionsängste massiv zugenommen. Die OECD, in der die kapitalistischen Industrieländer organisiert sind, hat ihre Wachstumserwartungen für 1988 für den gesamten Raum rasch von 2,25 Prozent auf 1,75 Prozent nach unten korrigiert. In fast allen großen kapitalistischen Ländern hat es in der letzten Zeit solche Negativkorrekturen der Prognosen gegeben.

1.5 Geld- und Kapitalmarkt

In der Bundesrepublik zeigt der Geldmarkt 1987 eine mäßige Erhöhung sowohl der Kredite an inländischen Nichtbanken als auch der Passivseite der konsolidierten Bilanz des Bankensystems. Im dritten Quartal machte sich allerdings die Beschleunigung der Kreditnachfrage öffentlicher Haushalte bemerkbar, die eine tendenziell größere Mittelnachfrage der öffentlichen Hand im Laufe des Jahres widerspiegelt: Schon im ersten Halbjahr 1987 hat die öffentliche Verschuldung (19 Milliarden DM) im Vergleich zu demselben Zeitraum 1986 (10 Milliarden) deutlich zugenommen.

Die Nettoauslandsforderungen des Bankensystems nehmen rapide zu, was grundsätzlich der starken Verbesserung der Nettoposition der Kreditinstitute zuzuschreiben ist: Zwischen Ende 1983 und September 1987 haben sich die Nettoauslandsaktiva der BRD-Banken fast vervierfacht, so daß sie jetzt knapp 200 Milliarden DM betragen.

Auf dem Kapitalmarkt bahnt sich bei dem Absatz von festverzinslichen Wertpapieren ein neuer Rekord an: In den ersten drei Quartä-

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1986 Dezember Milliarden DM	1987 Sept. ²	1986 Jahr	1. Vj. Veränder. gegenüber Vorjahr	1987 2. Vj.	3. Vj. ²
Kredite an inländische Nichtbanken	2131,3	2173,4	5,2	3,1	2,6	3,7
– Unternehmen u. Private	1643,0	1678,9	6,1	3,7	2,9	3,8
– Öffentliche Haushalte	488,3	494,5	2,0	1,0	1,9	3,5
Netto-Auslandsforderungen	227,4	262,3	36,6	46,9	47,9	30,4
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	1308,0	1384,1	6,4	5,8	5,6	5,8
darunter:						
Spareinlagen und -briefe	409,1	416,6	11,0	7,4	7,4	5,8
Geldvolumen (M ₂)	1050,7	1051,6	9,3	7,4	7,3	6,4

¹ Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“
² Vorläufige Zahlen

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

len 1987 wurden fast ebenso viele Rentenwerte wie im ganzen 1986 (103 Milliarden DM) emittiert. Innerhalb der Bankschuldverschreibungen kam es zu Umschichtungen zwischen Kommunalobligationen und sonstigen Schuldverschreibungen; bei den ausländischen Rentenwerten war der Absatz im ersten Halbjahr 1987 fast genauso hoch wie im ganzen Vorjahr. Auf der Erwerbsseite deutet alles darauf hin, daß die inländischen Nichtbanken wieder stärkeres Interesse an festverzinslichen Emissionen haben.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	Jahr	1. HJ.	3. Vj.	1. HJ.	3. Vj.
Anleihen der öffentlichen Hand	57 774	26 351	13 129	35 909	14 600
Kommunalobligationen	13 121	11 124	3 781	3 554	1 600
Sonstige Bankschuldverschreibungen	16 390	7 162	8 429	17 301	5 900
Industrieobligationen	200	248	2	– 160	100
Ausländische Rentenwerte	16 375	11 531	3 398	15 237	8 800
Absatz = Erwerb					
insgesamt	103 860	56 416	28 739	71 641	31 000
darunter:					
Kreditinstitute	31 297	16 692	10 998	19 925	..
Inländische Nichtbanken	112 806	8 193	4 723	17 054	..
Ausländer	58 689	31 214	12 360	35 092	..

¹ Vorläufige Zahlen

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Wie die Tabelle zeigt, ist der Zinsrückgang zum Stillstand gekommen; insbesondere die langfristigen Zinssätze weisen eine steigende Tendenz auf: Im dritten Quartal 1987 erhöhten sich die Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand von 5,8 im Juli auf 6,2 Prozent im September. Vor dem Kurssturz Mitte Oktober hatten sich die Aktiennotierungen im dritten Vierteljahr im Vergleich zu den vorangegangenen Quartalen leicht erholt, auch wenn der Index noch niedriger als im letzten Vierteljahr 1986 blieb.

Im November ist der Kursindex allerdings auf rund 200 gesunken. Der Zinsanstieg seit dem Frühjahr 1987 ist dagegen nach dem Börsenkrach wieder gestoppt worden. Weltweit hatten die Notenbanken aus Angst vor dem Zusammenbruch von Kreditketten zusätzliches Geld in den Wirtschaftskreislauf gepumpt und die Zinsen gesenkt – selbst die Bundesbank hat zögernd Zinserleichterungen

verfügt. Die Rendite von Anleihen der öffentlichen Hand ist infolgedessen bis Ende November wieder auf unter sechs Prozent gesunken.

Zinsen, Renditen und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrent-kredite	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse
		in %	30. 12. 1980 = 100
1985			
1. Vj.	8,22	7,4	175,2
2. Vj.	8,22	7,1	192,3
3. Vj.	7,80	6,5	213,8
4. Vj.	7,52	6,5	255,4
1986			
1. Vj.	7,35	6,1	295,7
2. Vj.	7,04	5,7	302,2
3. Vj.	7,04	5,8	289,4
4. Vj.	7,00	6,0	295,5
1987			
1. Vj.	6,85	5,7	262,9
2. Vj.	6,63	5,5	261,3
3. Vj.	6,65	6,0	288,0

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM

² Statistisches Bundesamt

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

1.6 Investitionen

Schon vor dem Börsenkrach waren die Investitionspläne der Unternehmen auf Stagnation gerichtet gewesen, der Investitionszyklus hat seinen Höhepunkt überschritten. Dafür spricht insbesondere der Rückgang der Erweiterungsinvestitionen.

Investitionen in der Gesamtwirtschaft¹

	1986	1987	1988
Ausrüstungen	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,5
Bauten	+ 2,4	– 1,0	+ 1,0
Anlageinvestitionen insgesamt	+ 3,1	+ 1,0	+ 2,0

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr, zu festen Preisen

² Prognose des „Herbstgutachtens“

(Quelle: DIW-Wochenbericht 45/87, S. 623)

Während das „Gemeinschaftsgutachten“ noch mit einem deutlichen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen rechnet, setzt das Sachverständigen Gutachten von Ende November nur noch einen realen Zuwachs von zwei Prozent an.

Es wurde daher bereits oben darauf verwiesen, daß die Hoffnung auf eine erneute Investitionsbelebung im Jahre 1988 kaum eine reale Grundlage hat.

Die für die Ausrüstungsinvestitionen wichtigen industriellen Investitionsvorhaben sollen nach der jüngsten Ifo-Befragung nur noch minimal expandieren, wobei die Automobilindustrie eine der wenigen Branchen ist, die ursprünglich mit zehn Prozent eine vergleichsweise kräftige Ausdehnung planten. Hier dürfte sich der Börsenkrach aber auf die Pläne auswirken.

Investitionsplanungen in der Industrie¹

	1986	1987	1988
Bergbau	+ 5	– 2	0
Grundstoffindustrien	+ 6	+ 3	+ 2
Investitionsgüter	+ 18	+ 6	+ 3
Verbrauchsgüter	+ 12	+ 9	+ 3
Nahrungsmittel	0	+ 9	+ 3
Bergbau u. Industrie insgesamt	+ 12	+ 6	+ 3

¹ Nominal

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 31/1987, S. 8)

Auffallend ist, daß sich die günstige Absatzlage und die relativ hohe Kapazitätsauslastung in den Verbrauchsgüterindustrien nicht

auf die Investitionsplanungen der Unternehmen auswirkt. Sowohl in den Verbrauchsgüterindustrien als auch in den Nahrungs- und Genussmittelbranchen werden relativ wenige Erweiterungsinvestitionen geplant.

Zielsetzung der Investitionen¹

	1986	1987	1988
Kapazitätserweiterung	30	34	32
Rationalisierung	48	44	47
Ersatzbeschaffung	22	22	21

¹ Anteile in %, 1988 geplant, Herbstbefragung
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 31/1987, S. 12)

Dies, obwohl die Kapazitätsauslastung insgesamt auf einem relativ hohen Niveau verharrt, kaum niedriger als in der vergleichbaren Vorjahreszeit. Allerdings ist der Auslastungsgrad in der Investitionsgüterindustrie weiter deutlich rückläufig. Mit 82,4 Prozent liegt er fast drei Prozent niedriger als im September 1986.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

Jahr	März	Juni	September	Dezember
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	81,1	76,5 ²	82,3	82,6
1985	82,9	84,5	84,4	85,1
1986	84,3	84,7	85,0	84,6
1987	83,6	84,1	84,5	

¹ in % der betrieblichen Vollausslastung
² Verzerrung durch Arbeitskampf
(Quelle: Ifo-Schnelldienst)

Der schwache Konjunkturaufschwung, vor allem die in den Aufschwungsjahren verhalten gebliebene Investitionstätigkeit, veranlaßt viele Konjunkturbeobachter zu der Erwartung, daß der bevorstehende Konjunkturabschwung ebenfalls verhalten sein wird. Denn Krisen sind in der Regel Ausdruck angehäufter Disproportionen zwischen einer zu raschen Ausdehnung der Produktionskapazitäten einerseits und der nur langsam folgenden Endnachfrage andererseits. Zwar hat die schwache Investitionstätigkeit in der Tat in den achtziger Jahren die Produktionskapazitäten deutlich langsamer vergrößert als im vorangegangenen Zyklus – dies gilt aber nur für die Industrie insgesamt. Denn in den Investitionsgüterbereichen sind die Kapazitäten sogar rascher gewachsen, was Ausdruck einer zunehmenden Exportorientierung dort gewesen ist.

Wachstum der Produktionskapazitäten in der Industrie¹

Industrie insgesamt				Investitionsgüterindustrien			
Aufschwung 1976–80 / 1983–87				Aufschwung 1976–80 / 1983–87			
1976	+3,2	1983	+0,5	1976	+2,9	1983	+1,9
1977	+2,9	1984	+1,1	1977	+2,6	1984	+2,8
1978	+2,5	1985	+1,1	1978	+2,3	1985	+3,9
1979	+2,7	1986	+2,4	1979	+2,9	1986	+3,4
1980	+2,7	1987 ²	+2,5	1980	+3,2	1987 ²	+3,5

¹ Jährliche Veränderung in Prozent
² Schätzung
(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, Sonderbeilage, Ifo, Ausgaben)

Während die Endnachfrage im Aufschwung 1983–87 wesentlich verhaltener expandierte als 1976–80, wuchsen die Kapazitäten im Investitionsgütergewerbe deutlich stärker. Da etwa die Hälfte aller industriellen Investitionen auf die Investitionsgüterbereiche entfällt, muß die Gefahr eines kumulierenden Investitionsrückgangs eher noch höher eingeschätzt werden als 1979/80: Hierbei dürfte allerdings die Entwicklung der Exporte eine entscheidende Rolle spielen.

1.7 Außenwirtschaft

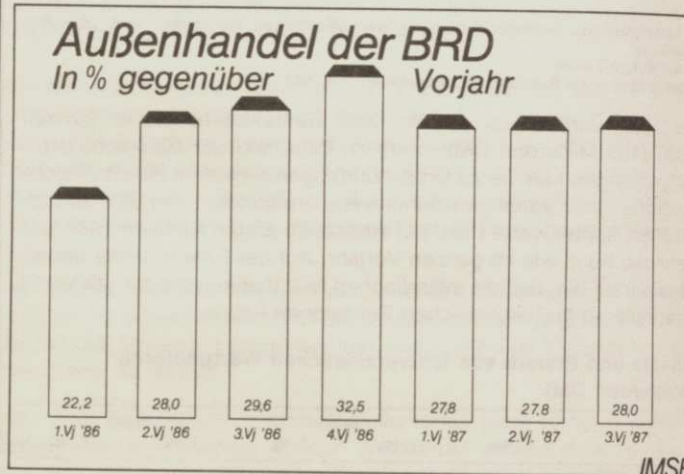
Auch die Exporte der BRD haben sich 1987 etwas weniger günstig entwickelt als ursprünglich erwartet; trotzdem hat es keinen regelrechten Exportrückgang gegeben. Zwar wird der nominale Überschuß der Bundesrepublik im Warenhandel etwa auf der Vorjahreshöhe verharren, der Überschuß in der Leistungsbilanz wird mit 65 Milliarden DM nur um rund zehn Milliarden niedriger ausfallen als 1986. Dies ist aber teilweise der Preisentwicklung geschuldet: Die

Importpreise liegen deutlich unter dem Vorjahresstand, während die Exportpreise etwa gleichgeblieben sind. In realer Betrachtung hat sich der Exportüberschuß also zurückgebildet – was nichts an der Tatsache ändert, daß die anhaltend hohen Überschüsse der BRD einer der wichtigsten Störfaktoren des Welthandels und des internationalen Währungssystems sind.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo in Mrd. DM	%
	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹		
1. Vj. 86	130,3	–2,6	108,0	–10,1	+22,2	+62,0
2. Vj. 86	135,0	–2,7	107,0	–9,6	+28,0	+36,6
3. Vj. 86	126,1	–3,6	96,5	–14,8	+29,6	+69,1
4. Vj. 86	135,1	–2,5	102,6	–10,7	+32,5	+43,2
1. Vj. 87	127,3	–2,3	99,5	–7,7	+27,8	+11,4
2. Vj. 87	129,3	–4,2	101,6	–5,0	+27,8	–0,7
3. Vj. 87	127,5	+1,1	59,5	–3,0	+28,0	–5,4

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifo.)



Die auch durch die Auftragseingänge aus dem Ausland der letzten Monate unterstrichene außerordentliche Stabilität der Exporte der BRD hängt vor allem mit der starken Position gegenüber den EG-Ländern zusammen. Die EG ist die Grundlage der außenwirtschaftlichen Erfolge der Bundesrepublik. Fast 53 Prozent aller Warenexporte der BRD gehen dahin; bei Einbeziehung der übrigen westeuropäischen Länder steigt der Westeuropaanteil an den Ausfuhren der BRD auf 70 Prozent. Während im Zeitraum Januar bis September 1987 nochmals eine leichte Zunahme der Europaexporte zu verzeichnen war, gingen die Ausfuhren in alle anderen Regionen zurück: USA (–11 Prozent), sozialistische Länder (–14 Prozent), OPEC (–28 Prozent), sonstige Entwicklungsländer (–2 Prozent). Nur die Japanexporte florieren mit einem Zuwachs von 16 Prozent, allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau.

Angesichts der schwachen Konjunktur bei den westeuropäischen Nachbarländern und des Aufwertungsdrucks der DM dürfte die Hoffnung auf eine erneute Exportbelebung (Zunahme um real 3,5 Prozent 1988) ebenfalls wenig begründet erscheinen. Zudem sind einige der in der Vorausschätzung der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute genannten Voraussetzungen inzwischen gründlich verändert: Vor allem ist der Dollarkurs weiter gesunken, und die Wachstumserwartungen in den USA, aber auch für die meisten übrigen kapitalistischen Länder, mußten nach unten korrigiert werden.

2. Konzentration

Von der Daimler-Benz AG war in den INFORMATIONEN unter der Rubrik „Kapitalkonzentration“ schon öfter die Rede. Der Grund liegt einmal darin, daß sie sehr eng mit der Deutschen Bank verbunden ist – fast scheint sie eine Tochtergesellschaft zu sein, wie das Verfahren bei der Neubesetzung des Postens des Vorstandsvorsitzenden im Juli 1987 zeigte (siehe INFORMATIONEN 3/87, S. 8). Zweitens hat sich Daimler-Benz durch eine aggressive Aufkauf-

politik als größtes Monopol der BRD etabliert; der dreizackige Stern steht schon lange nicht mehr für einen reinen oder vorwiegenden Automobilkonzern. Weshalb Daimler-Benz in dieser Ausgabe erneut Thema ist, liegt nahe: Die Expansionspolitik geht weiter, und die Richtung wird deutlicher.

Mit der AEG hatte sich Daimler-Benz bereits einen der größten Rüstungsproduzenten der BRD einverleibt (Militärumsatz 1980: ca. 2 Mrd. DM; er wird seither nicht abgenommen haben). Auch die im gleichen Jahr gekaufte Motoren-Turbinen-Union (MTU) ist ein wichtiger Waffenlieferant. Das gleiche gilt für den Luft- und Raumfahrtkonzern Dornier, dessen Aktienmehrheit Daimler-Benz erworben hat. Und nicht zuletzt kommt ein großer Teil des „rollenden Materials“ der Bundeswehr aus der Produktion des Daimler-Benz-Stammhauses. Schon im Herbst 1987 also durfte dieser Konzern als einer der wichtigsten Rüstungsproduzenten der Bundesrepublik gelten.

Anfang November wurde bekannt, daß der Einstieg bei der Waffenschmiede Nummer eins im Lande, der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB) (Umsatz 1987: ca. 6,3 Mrd. DM) beabsichtigt ist. Ein „ökonomischer“ Grund dafür ist nicht ersichtlich, denn MBB steht gut da. Der Deal wird politisch gewollt, und dementsprechend unverschämt sind die Forderungen, die Daimler-Benz an seine Zustimmung knüpft: Nur wenn die Bundesregierung bereit ist, vorher noch ein bis zwei Milliarden über den Tisch zu schieben, will man sich in Stuttgart dazu herablassen, MBB zu nehmen.

Erstens sollen für eine Milliarde „Altlasten“ für den Airbus „bereinigt“ werden (das Flugzeug wird bei MBB produziert), zweitens wird ein „Währungsausgleich“ für Exportverluste aus der Dollarkrise gewünscht, und drittens will man Garantien dafür, daß neue Rüstungsaufträge hereinkommen (von „Jäger 90“ und dem Hub-schrauber PAH 2 ist die Rede). Es darf davon ausgegangen werden, daß die Bundesregierung diese Summen problemlos beschaffen wird, denn schließlich wünscht der Wirtschaftsminister die Fusion ausdrücklich (Handelsblatt vom 12. 11. 87). (Wie war das doch gleich mit Marktwirtschaft und Unternehmerrisiko, Herr Bange-mann?)

Daimler-Benz wird in Zukunft (über Dornier, MBB und MTU) die gesamte bundesdeutsche Luft- und Raumfahrtindustrie beherrschen – vom Triebwerksbau bis zur Satellitenelektronik –, ebenso den militärischen Schiffbau (über die AEG) und wesentliche Teile der Militärelektronik sowie des militärischen Fahrzeugbaus.

Vor diesem Hintergrund verblaßt fast schon die Meldung, daß der Konzern auch beim Automobilbau expandieren will: Mit Mitsubishi wird eine Kooperation bei Konstruktion und Vertrieb von Fahrzeugen (vorrangig Transportern) angestrebt, und an der französischen Matra-Gruppe ist eine 5-Prozent-Beteiligung beabsichtigt. Letzteres gehört aber schon wieder mehr zum Rüstungssektor, denn Matra ist hierbei stark engagiert und hat schon „Berührungspunkte“ mit der AEG, Dornier und MBB bei „Zukunftstechnologien“ (so die Umschreibung für Elektronik und Rüstung).

Der staatsmonopolistische Kapitalismus besteht nicht nur aus Vorgängen wie den geschilderten; auch „unten“ tut sich manches. Der Konzentration an der Spitze stehen zahlreiche Unternehmensgründungen gegenüber und liefern eine ideologische Rechtfertigung für die Monopolisierung. Der Augenschein spricht dafür. Das Bonner Institut für Mittelstandsforschung hat hierzu kürzlich aufschlußreiches Material veröffentlicht (vgl. auch Handelsblatt vom 31. 8. 87).

Den größten Zuwachs bei den Unternehmensgründungen gab es Anfang der achtziger Jahre: Bis 1979 wurden jährlich gut 150 000 Firmen gegründet, 1982 schon 270 000 und 1984 fast 300 000; 1986 waren es allerdings nur noch 287 000 – aber immerhin. Auf dem Arbeitsmarkt blieb die Entwicklung nicht wirkungslos. Zwischen 1977 und 1985 entstanden 3,5 Millionen Arbeitsplätze durch Unternehmensgründungen (2,55 Mio. weitere durch Unternehmenserweiterung).

Warum ist dann die Arbeitslosigkeit nicht längst beseitigt? Zur Gründung gehört die Liquidation wie das Euter zur Kuh. Fast gleichgerichtet zur Kurve der Geburten von Firmen verläuft die der Beerdigungen. Von den genannten 3,5 Mio. neuen Arbeitsplätzen gingen 3,2 Mio. durch Insolvenzen wieder verloren. Der Saldo sieht deshalb schon anders aus:

Zuwachs an Unternehmen (Gründungen minus Liquidationen) in Tsd.

1976	5,3	1981	30,7
1977	6,9	1982	63,0
1978	16,6	1983	61,8
1979	18,5	1984	43,5
1980	42,6	1985	33,8
		1986	34,6

Quelle: Institut für Mittelstandsforschung, Bonn

(Nicht unerwähnt bleiben soll, daß den 2,55 Mio. durch Expansion geschaffenen Arbeitsplätzen 2,64 Mio. durch Abbau beseitigte gegenüberstehen.)

Auch der Saldo zwischen Gründungen und Liquidationen ist noch erstaunlich hoch. Vor allem ist das Niveau in den letzten zehn Jahren gestiegen. Weshalb ist das so? Einige Gesichtspunkte zur Beantwortung liefert eine Strukturanalyse, die der Autor der genannten Studie für NRW angestellt hat:

Von 1000 Unternehmensgründungen in NRW 1980–1984 entfielen auf

produz. Gewerbe (ohne Bau)	94
Baugewerbe	93
Handel	301
Dienstleistungen	498
davon	
Verkehr und Nachrichten	35
Gastgewerbe	163
Frisöre, Körperpflege	34
Freizeit, Wissenschaft, Unterricht	32
Dienstleistungen für Unternehmen	120
Maklergewerbe	71
Landwirtschaft	14

Quelle: ebenda

Die Tabelle bestätigt den täglichen Augenschein: Der Boom bei den Unternehmensgründungen konzentriert sich auf den Handel und die Dienstleistungen. Vor allem in den Städten werden immer neue Läden, Boutiquen, Beratungsbüros und Gaststätten aufgemacht, von denen nur ein kleiner Teil die Startphase überlebt. Drei Viertel aller Neugründungen waren 1-Personen-Firmen, und drei von zehn waren nach zwei Jahren schon wieder aus der Umsatzstatistik verschwunden.

Eine Untersuchung der Creditreform-Vereine kommt zu ähnlichen Ergebnissen: 320 000 Betriebe (im weitesten Sinn) wurden zwischen Oktober 1986 und September 1987 gegründet. Nur 159 000 davon waren wirtschaftsaktiv (z. B. durch Kreditaufnahme), und nur 4000 kamen ernsthaft in Gang. Mehr als die Hälfte der neugegründeten Unternehmen sind innerhalb von 18 Monaten schon wieder zahlungsunfähig geworden. (Handelsblatt vom 2. 11. 87)

Den Hintergrund für die Entwicklung bildet die verzweifelte Lage vieler Männer und Frauen, die schon längere Zeit arbeitslos sind, sich auf dem Arbeitsmarkt keine Chance mehr ausrechnen und versuchen, durch (vermeintliche) Selbstständigkeit eine neue Perspektive zu finden. Hinzu kommt die rasche Entwicklung der EDV, die Spezialisten dazu veranlaßt, auf eigenes Risiko zu arbeiten und auf den „großen Wurf“ zu hoffen (Stichwort: Technologieparks). Die Konjunktur bei den Maklern bedarf keiner Erklärung. In den meisten Fällen ist das Ergebnis solcher Firmengründungen eine noch verzweifeltere Lage und ein Berg von Schulden.

Die Unternehmer benutzen die Unsicherheit der Arbeitsmarktlage auch, um durch die Auslagerung von Funktionen auf formelle Selbstständige, wirtschaftlich aber völlig Abhängige soziale Schutzbestimmungen zu umgehen. Eine Untersuchung an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (vgl. Ulrich Paasch in: Die Mitbestimmung, 10/1987) zeigt, welche Dimensionen diese Form von „Deregulierung“ am Arbeitsmarkt, diese „neue Selbstständigkeit“ bereits angenommen hat. Im Güterverkehr, im Baugewerbe, im Versicherungsgewerbe und im Einzelhandel sind solche Praktiken gang und gäbe. Der dort tätige „Subunternehmer“ ist in der Regel weit schlechter gestellt als ein Arbeiter oder Angestellter.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Entwicklung der tariflichen Arbeitseinkommen hat sich in den abgelaufenen Monaten etwas verlangsamt, eine Tendenz, die sich 1988 voraussichtlich fortsetzen wird. Die IG Metall und die IG Chemie haben für 1988 Lohnerhöhungen um gut zwei Prozent bereits abgeschlossen, die Lohnforderungen im öffentlichen Dienst sehen ein Gesamtvolumen von nur fünf Prozent vor, wobei der Schwerpunkt auf der Wochenarbeitszeitverkürzung liegen soll.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1986				1987		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
+2,9	+3,7	+3,7	+3,7	+3,7	+3,4	+3,3

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Da die Zahl der Beschäftigten nur noch marginal zunimmt, steigt die Lohnsumme kaum noch schneller als die Individuallöhne. Eine gewisse Entlastung wird die für 1988 vorgesehene zweite Stufe der Steuerreform bringen. Die Erhöhung des Grundfreibetrags um 216/432 DM (Ledige/Verheiratete) kommt allen Einkommensteuern gleichmäßig zugute, überwiegend geht es 1988 aber um eine Abflachung der Progression für die höheren Einkommen. Die Einkommensverbesserungen werden 1988 also mit einer stärkeren Ungleichverteilung der Nettobeträge verbunden sein.

Die reale Kaufkraft der Arbeitseinkommen hat sich 1987 weiter erhöht, sie lag allerdings im zweiten Halbjahr 1987 nur noch um ein Prozent über dem Vorjahresstand. Die Prognosen für 1988 sehen einen weiteren Anstieg vor – wobei die jüngsten Ereignisse aber einen deutlichen Korrekturbedarf nach unten beinhalten. Immerhin ist aber für 1988 trotz einer Belebung der Inflation nicht mit Reallohnrückgängen zu rechnen.

Reallohnentwicklung¹

	1982	1983	1984	1985	1986	1987 ¹	1988 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+2,2	+2,1	+3,0	+3,7	+5,0	+3,5	+4,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	+1,0	+0,5	+1,7	+2,3	+5,3	+2,5	+4,0
Je Beschäftigten	+2,9	+2,2	+1,6	+1,5	+4,2	+2,0	+3,5
Inflationsrate	+5,3	+3,3	+2,4	+2,2	-0,2	+0,5	+2,0
Realeinkommen je Beschäftigten	-2,4	-1,1	-0,8	-0,7	+4,0	+1,5	+1,5

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
² Schätzung bzw. Prognose des „Herbstgutachtens“
(Quelle: DIW-Wochenbericht 45/87, S. 624; eigene Berechnungen)

So wird 1988 voraussichtlich erstmals wieder der Stand von 1979 erreicht werden. Hinzu kommt, daß sich 1987 und teilweise auch noch 1988 einige sozialpolitische Verbesserungen (z. B. das Erziehungsgeld, Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld) auswirken, so daß die Kaufkraft der Sozialeinkommen merklich steigt. Nominal liegt das Niveau der gesamten Sozialrenten, Unterstützungszahlungen usw. 1987 immerhin um etwa fünf Prozent über dem Vorjahresstand, der Anstieg wird sich allerdings sowohl nominal als auch real 1988 abschwächen.

Ein gewisser Unsicherheitsfaktor sind die Beiträge zur Sozialversicherung: Die Beitragssätze für die Krankenkassen steigen an, 1987 hat erstmals eine Ortskrankenkasse den Satz von 16 Prozent erreicht.

3.2 Preise

Ursache der vergleichsweise günstigen Realeinkommensentwicklung sind die anhaltend stabilen bzw. nur schwach steigenden Prei-

se. Obwohl nun wieder ein Plus vor der „Inflationsrate“ steht, ist der erwartete Wiederanstieg des Preisniveaus bislang doch wesentlich schwächer geblieben als prognostiziert. Statt um 1,5 dürften die Lebenshaltungspreise 1987 nur um etwa 0,5 Prozent gestiegen sein.

Lebenshaltung 1987

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	
Juni	+0,2	+0,2
Juli	0,0	+0,7
August	-0,1	+0,8
September	-0,2	+0,4
Oktober	+0,2	+0,9

¹ Index der Lebenshaltung aller Haushalte, Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Preise und Preisindizes für Lebenshaltung, lfd.)

Heizöl, Benzin und Erdgas sind im Preis kaum angestiegen und nicht wesentlich teurer als in der vergleichbaren Vorjahreszeit. Die Nahrungsmittelpreise liegen sogar leicht unter Vorjahresniveau. Eine gewisse Beschleunigung der Preisentwicklung zeigt sich in den letzten Monaten nur bei den Wohnungsmieten und bei den Dienstleistungspreisen, welche 1987 um rund zwei Prozent angestiegen sind.

Ausgewählte Preisindizes 1987

	Industrie- preise	Landwirtschafts- preise	Import- preise	Großhandels- preise
Juni	-2,7	-5,1	-4,9	-3,8
Juli	-1,8	-7,1	-1,3	-2,1
August	-1,4	-5,3	-0,4	-1,6
September	-1,6	-5,5	-1,8	-2,9
Oktober	...	...	+0,4	-1,2

¹ Anstieg der Preisindizes gegenüber dem Vorjahr in Prozent
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Der erneute Dollarverfall und die auf niedrigem Niveau schwankenden Rohstoffpreise stellen nach wie vor einen ganz wichtigen Faktor der inneren Preisstabilität der Bundesrepublik dar.

Weltrohstoffpreise

	VWD-Index ¹	HWVA-Index ² ohne Energie	mit Energie
1973	—	90	52
1975	—	100	100
1980	164	157	226
1985	188	112	197
1986	137	116	143
1987			
Januar	114	114	145
Juli	130	122	149
Oktober	130 ³	125	152

¹ Index 1972 = 100, auf DM-Basis, erst ab Herbst 1978 berechnet
² Index 1975 = 100, auf Dollar-Basis
³ November
(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 12. 11. 1987)

Nachdem die Rohstoffpreise im Jahresverlauf 1987 wieder etwas angestiegen sind, hat sich dieser Trend im letzten Quartal 1987 offensichtlich nicht weiter fortgesetzt. Die Arbeitsgruppe Rohstoffpreise der Vereinigung Europäischer Konjunkturforschungsinstitute geht davon aus, daß die Preise auch im Jahresverlauf 1988 nicht weiter ansteigen werden – eine eher optimistische Erwartung vom Standpunkt der Entwicklungsländer. Denn der Börsenkrach und die wachsenden Rezessionserscheinungen lassen nun eher einen erneuten Preiserückfall befürchten.

Der „Stabilitätsimport“ über die starke DM und die niedrigen Rohstoffpreise dürfte also auch in der nächsten Zeit dafür sorgen, daß die Importpreise niedrig bleiben. Dagegen dürfte die Phase der stabilen Nahrungsmittelpreise bald beendet sein – die im Vergleich zu den Vorjahren schlechteren Ernteergebnisse sprechen eher für ei-

ne gewisse Aufwärtsbewegung. Angesichts des zunehmenden Rezessionsdrucks erscheinen daher die Preiserhöhungsspielräume im Inland auch in Zukunft begrenzt. Allerdings ist die Etappe der absoluten Preisstabilität vorbei, wie die jüngsten Preiserhöhungen der Automobilindustrie zeigen, hindern die niedrigen Kosten die Konzerne nicht an „abgestimmten“ Preisanpassungen.

3.3 Steuerreform

Bislang war eine abschließende Beurteilung des großen konservativen Reformvorhabens, der Steuerreform 1986 bis 1990, nicht möglich, weil die Bundesregierung mit der Bekanntgabe der Finanzierung des dritten Reformschritts 1990 geögert hatte. Nun liegen die diesbezüglichen Reformpläne Stoltenbergs vor. In den vorangegangenen Ausgaben der INFORMATIONEN ist regelmäßig über die Reformvorhaben berichtet worden, so daß hier die 1986 durchgeführten und 1988 bzw. 1990 geplanten Tarifänderungen nur kurz in Erinnerung gerufen werden sollen:

- Die erste Reformstufe von 1986 (Entlastungsvolumen knapp 11 Milliarden DM) brachte vor allem eine Erhöhung der Kinderfreibeträge und des Grundfreibetrags. Es profitierten Familien mit Kindern, allerdings steigt die Entlastungswirkung mit der Einkommenshöhe.
- Die zweite Reformstufe (Entlastungsvolumen 13,7 Milliarden DM) soll 1988 in Kraft treten und vor allem eine Minderung der Steuerprogression der mittleren und oberen Einkommen bewirken, außerdem wird der Grundfreibetrag weiter erhöht. Nutznießer sind ganz überwiegend die oberen Einkommensgruppen.
- Die dritte Stufe (Entlastungsvolumen 39 Milliarden DM) bringt eine umfassendere Veränderung des Steuertarifs, eine Senkung des Spitzensteuersatzes von 56 auf 53 Prozent und eine Senkung der Körperschaftsteuer von 56 auf 50 Prozent. Es profitieren vorwiegend die oberen Einkommen, die Spitzenverdiener und die Unternehmen.

Die drei Stufen bewirken also zusammen eine Bruttoentlastung von fast 64 Milliarden DM. Trotz der eindeutigen sozialen Schlagseite darf nicht übersehen werden, daß auch kleinere und „Normaleinkommen“ etwas entlastet werden, daß vor allem wegen des höheren Grundfreibetrags etwa eine halbe Million Lohnsteuerzahler aus der „direkten“ Steuerpflicht herausfallen. (Sie zahlen natürlich weiter die Steuern auf den Verbrauch, welche tendenziell ansteigen.) Insofern hat es die Bundesregierung durchaus verstanden, ihr steuerpolitisches Umverteilungskonzept so zu konstruieren, daß auch die unteren Einkommensgruppen ein wenig davon profitieren. Absolut benachteiligt sind die Empfänger von Sozialeinkommen, die leer ausgehen. Dabei sei allerdings hinzugefügt, daß das recht hohe Entlastungsvolumen Ergebnis einer fiktiven Rechnung ist: Tatsächlich sinkt die Steuerlast nur wenig, nur im Vergleich zum 1985 gültigen Steuertarif (der eine rasant steigende Belastung bewirkt hätte) errechnet sich der relative Entlastungsbetrag von 64 Milliarden.

Die dritte Reformstufe sollte teilweise (19 Milliarden) durch Steuererhöhungen/Subventionskürzungen an anderer Stelle finanziert werden, das Nettoentlastungsvolumen sollte also insgesamt rund 45 Milliarden betragen. Für etwa 18 Milliarden DM legte Bundesfinanzminister Stoltenberg nun im Herbst ein Finanzierungskonzept vor, welches im Sinne „sozialfriedlich“ durchgesetzter Umverteilungsstrategien als geschickter Schachzug betrachtet werden muß. Das Finanzierungspaket enthält 42 verschiedene Posten, so daß sein (un)sozialer Charakter sich erst bei einer näheren Betrachtung erschließt.

Die Hauptposten dieses Belastungspakets sind:

- Die Beseitigung einiger Sonderabschreibungen und „gewinnmindernder“ Rückstellungen, die Abschaffung einiger Vergünstigungen nach dem Auslandsinvestitionsgesetz belasten nach Auskunft des Bundesfinanzministeriums die Unternehmen mit zusätzlich etwa 3 Milliarden DM jährlich. Entgegenzuhalten ist, daß allein durch die Senkung des Körperschaftsteuersatzes eine

Entlastung um voraussichtlich 2,3 Milliarden DM eintreten soll; daß einige der Sonderabschreibungen ohnehin nur bis Ende 1989 befristet waren, also eigentlich kein Bestandteil der Stoltenbergschen Reform sind.

- Die Beseitigung der Weihnachts- und Arbeitnehmerfreibeträge und ihre Ersetzung durch eine einheitliche Werbungskostenpauschale, welche nach Protesten von 1644 DM jährlich auf 2000 DM hinaufgesetzt wurde; gleichzeitig soll die Kilometerpauschale für Pkw (nicht aber für andere Verkehrsmittel!) von 36 auf 50 Pfennig hinaufgesetzt werden; Abschaffung des Essensfreibetrags, der Steuerfreiheit auf bestimmte Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge und der Steuerfreiheit für Belegschaftsrabatte über 2400 DM jährlich. Die Mehrbelastung der Lohnsteuerzahler wird auf etwa vier Milliarden DM beziffert.

- Das „Prunkstück“ des Pakets ist die Einführung der zehnprozentigen Quellensteuer auf Kapitalerträge und Zinsen (bei Ausnahme der Zinsen auf Sparbücher mit gesetzlicher Kündigungsfrist). Sie soll allein 4,3 Milliarden DM zusätzlich bringen.

- Schließlich entfällt eine ganze Reihe von Subventionen im Bereich der Regionalförderung und des Wohnungsbaus; Steuer rückstände müssen verzinst werden. Recht trickreich ist die Einbeziehung des hochgerühmten „Erziehungsgeldes“ in den Progressionsvorbehalt, wodurch seine finanziellen Wirkungen eingeschränkt werden.

Ein wichtiger Diskussionspunkt der Stoltenbergschen Finanzierungsvorschläge ist die Quellensteuer, die ertragreichste Einzelmaßnahme des Pakets. Sie scheint in der Tat ein kleiner Schritt in Richtung von mehr Steuergerechtigkeit, da nun die oft überhaupt nicht versteuerten Einkünfte aus Bankkonten und festverzinslichen Wertpapieren erstmals zur Steuer herangezogen werden. Allerdings hat dieses Vorhaben drei ganz entscheidende Schwachpunkte. Einmal wurden die niedrigen Freibeträge (derzeit 400/800 DM für Ledige/Verheiratete) nicht angehoben, so daß auch kleine Vermögensanlagen (etwa ab 8000/16000 DM) herangezogen werden. Zum zweiten erfolgt die Steuerabführung anonym über die Banken, d. h., die steuerlich hinterzogenen Geldvermögen werden nicht offengelegt. Dies stellt drittens geradezu eine Aufforderung zur Steuerhinterziehung dar – wer seine Zinseinkünfte bislang voll angegeben und versteuert hatte, wird deutlich darauf hingewiesen, daß das Finanzamt offensichtlich bereit ist, sich mit zehn Prozent zufriedenzugeben. Die Steuerhinterziehung wird quasi „legalisiert“. Ob die Quellensteuer langfristig tatsächlich zu dauerhaften Mehreinnahmen führt, muß daher bezweifelt werden.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich auch, daß durch das Finanzierungspaket die soziale Schlagseite der Reform keineswegs abgenommen hat. Bestimmte Gruppen von Arbeitern und Angestellten – z. B. Schichtarbeiter, Pendler – dürften unterm Strich überhaupt keine Entlastung verspüren. Allerdings zeigt sich, daß die Bundesregierung ihr Vorhaben auf eine Weise ins Werk gesetzt hat, daß scharfe Konfrontationen ausgeblieben sind – der „soziale Friede“ sollte nicht gestört werden.

Neben der „schiefen“ Verteilungswirkung des Gesamtpakets sind aber auch andere strukturelle Konsequenzen mindestens ebenso bedenklich. Die Gemeinden leiden überproportional unter den mit der Reform verbundenen Einnahmeausfällen, profitieren nur unterproportional an den Mehreinnahmen. Damit werden die Gemeinden als Träger sozialer und ökologischer Infrastrukturinvestitionen und als „Finanziers“ der zunehmenden Armut bei bestimmten Schichten (Sozialhilfe) zusätzlich benachteiligt. Die Erhöhung der Pkw-Kilometerpauschale privilegiert noch stärker das Auto gegenüber anderen Verkehrsmitteln. Die Steuermindereinnahmen beeinträchtigen global öffentliche Investitionen und Personalausgaben. Dagegen kommt es bei den hohen und bei den Spitzeneinkommen zu Einkommenszuwächsen – dort war schon in der Vergangenheit die Konsumquote relativ niedrig. Die zusätzliche Begünstigung von Unternehmen schwemmt gerade dort Geld in die Kassen, wo schon in der Vergangenheit die Tendenz bestand, vor allem an den Geld- und Kapitalmärkten zu „investieren“. Damit trägt die Steuerreform weiter zu einer Fehllenkung von Kapital und Einkommen in parasitäre, unproduktive Bereiche bei, sie begünstigt „nichtreale“ Verwendungsweisen zugunsten von spekulativen Anlagen. Die Re-

form wirkt mittelfristig in Richtung auf eine weitere Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums und auf eine Gefährdung von Arbeitsplätzen.

3.4 Die Umstrukturierung im Gesundheitswesen

Neben der Steuerreform schiebt die Bundesregierung ein zweites „Jahrhundertwerk“ vor sich her: Es läuft unter der Bezeichnung Strukturreform im Gesundheitswesen. Das Thema wurde im Oktober 1987 aktuell, als die traditionelle Herbsttagung der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen abgesagt wurde. Bei diesen Veranstaltungen treffen sich Vertreter der Krankenhäuser, der Pharmaindustrie und der Ärzte mit dem Bundesarbeitsminister. Diesmal gebe es nichts Lohnendes zu bereden, hieß es. Man wolle auf die für das Frühjahr angekündigten Reformvorschläge der Regierung warten.

Ausgangspunkt der Debatten um das Gesundheitswesen sind die steigenden Kosten. Im Frühjahr hatte die Konzentrierte Aktion eine Ausgabensteigerung der Krankenkassen um höchstens 2 Prozent angestrebt. Andernfalls müßten die Beitragssätze (derzeit im Durchschnitt bei 13 Prozent) steigen. Das Ziel konnte aber nicht eingehalten werden – wie schon oft. Die Unruhe des Ministers Blüm über diese Entwicklung wäre vermutlich geringer, wenn nicht die Unternehmer die Hälfte der Beiträge bezahlen müßten. Deren Proteste gegen die „Lohnnebenkosten“ werden ernst genommen.

Die bisherige Politik zeichnet sich durch Kontinuität der Regierungen Kohl/Genscher und Schmidt/Genscher aus: Leistungsabbau und Steigerung der Selbstbeteiligung der Kranken. Eine echte Kostendämpfung war damit nicht zu erreichen, vor allem weil die Preispolitik der Hersteller von Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln sowie von medizinischen Apparaten und Materialien unangetastet blieb. Hier hätte eine Veränderung der Struktur des Gesundheitswesens (die tatsächlich nötig ist) unter anderem anzusetzen. Zu überlegen wäre in diesem Rahmen auch, ob nicht der Verwaltungsaufwand der Kassen zu verringern wäre, wenn das Nebeneinander verschiedener gesetzlicher Krankenkassen zugunsten einer Einheitskasse abgeschafft würde. Derzeit konkurrieren 273 (regionale) Ortskrankenkassen (AOK), 6 Arbeiter- und 7 Angestelltenersatzkassen um die Mitglieder; daneben gibt es 852 Betriebs- und 156 Innungs-krankenkassen sowie zwei Kassen für See- und Bergleute.

Wirkungsvoll wäre auch die Aufhebung der Versichertenpflichtgrenze. Derzeit bleiben die niedrigeren Einkommensgruppen bei der gesetzlichen Krankenkasse, die höheren wandern zu den privaten. Dadurch sinkt das relative Beitragsniveau und muß durch Beitragssatzerhöhungen ausgeglichen werden.

Dergleichen kann von einer Regierung wie der derzeitigen aber nicht erwartet werden. Die Ideen aus dem Spektrum der Koalitionsparteien gehen andere Wege. Vor allem die FDP profiliert sich schon seit Jahren mit Forderungen nach einem Neubau des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung (und darüber hinaus der Sozialversicherungen insgesamt). Die damalige Generalsekretärin dieser Partei, Irmgard Adam-Schwaetzer, hatte bereits 1982 das Modell einer „Amerikanisierung“ des Gesundheitswesens entworfen: gesetzliche Versorgung auf Primitivniveau, jede weitergehende Leistung auf der Basis privater Zusatzversicherungen.

Man weiß auch bei der FDP, daß ein solches Modell derzeit nicht mehrheitsfähig ist. Daher versucht man, langfristig den Boden dafür zu bereiten. Etlisches von dem, was aus dem Regierungslager zur „Strukturreform“ bekannt wurde, legt eine solche Interpretation nahe. Seit dem Frühjahr arbeitet eine Koalitionsarbeitsgruppe hierzu. (Gleichzeitig war auf Initiative der SPD eine parlamentarische Arbeitsgruppe gebildet worden, doch erkennt die Regierung ihr keine Kompetenz zu.)

Seit dem Frühjahr ist eine beträchtliche Zahl von Vorschlägen zur Strukturveränderung im Gesundheitswesen veröffentlicht worden. Fast jede beteiligte Gruppe hat ein Konzept vorgelegt: Von den Apothekern, die u. a. eine Halbierung der Mehrwertsteuer auf Arzneien fordern, über Ärzte-, Krankenhaus- und Krankenkassenverbände (die für eine Aufwertung der Selbstverwaltung, ansonsten

aber uneins sind) bis zur Pharmaindustrie (die im Prinzip zufrieden ist) reicht das Szenario. Die Bundesvereinigung der Arbeitgeber (BDA) verlangt – ebenso wie die FDP – „mehr Wettbewerb“ zwischen den Kassen. Gemeint ist damit, daß auch Arbeiter (die bisher bei den AOKs pflichtversichert sind) zu einer Ersatzkasse gehen können. Was der Vorteil davon sein soll, wird nicht erläutert und ist auch schwer einsehbar. Ein Effekt könnte aber der sein, daß die besser verdienenden Arbeiter in die Ersatzkassen abwandern, weil deren Beitragssätze in etlichen Regionen niedriger sind (und weil sie ein besseres Image haben). Das ist der Fall, weil die AOK jeden versichern müssen, der den Antrag stellt (die Ersatzkassen können ablehnen und tun dies oft bei Niedrigverdienern). Auf diese Weise würde die Finanzlage der AOKen unhaltbar, sie müßten Leistungen kürzen oder wären alimentationsabhängig. Jetzt schon hat eine AOK 16 Prozent Beitrag beschlossen (der Durchschnitt aller Kassen ist 13 Prozent). Ein Finanzausgleich zwischen den Kassen zur Kompensation der unterschiedlichen Risiken wird abgelehnt. Die AOKen würden unter solchen Umständen durch „mehr Wettbewerb“ zum Sammelbecken der „schlechten Risiken“ und könnten allmählich jene Arme-Leute-Kasse bilden, die in dem FDP-Modell enthalten sind.

Innerhalb der CDU/CSU ist der „Wirtschaftsflügel“ am aktivsten. Der Wirtschaftsrat der CDU hatte kürzlich die Idee einer Teilarbeitsunfähigkeit entwickelt. Motto: Warum soll eine Sekretärin mit gebrochenem Bein nicht maschineschreiben? Außerdem wurde eine Verringerung der von den Kassen zu deckenden Risiken verlangt. Die CDU-Mittelstandsvereinigung brachte eine von den Beschäftigten zu finanzierende Sondersversicherung in die Diskussion, die den Unternehmern die Kosten der Lohnfortzahlung bei Krankheit abnehmen soll. Außerdem wurde die Streichung des Versicherungsschutzes für Familienangehörige verlangt. Höhere Selbstbeteiligung der Kranken gehört zum selbstverständlichen Kredo aus dieser Richtung.

Dies war denn auch der Nenner, auf den man sich in Bonn problemlos verständigen konnte. Am 4. November stellte Minister Blüm jenen Teil des Konzepts vor, auf den sich die Koalitionsarbeitsgruppe bis dahin geeinigt hatte. Es enthält erneuten Leistungsabbau und noch umfangreichere Selbstbeteiligung:

- Wegfall des Sterbegeldes.
- Brillengestelle werden nicht mehr bezahlt.
- Das gleiche gilt für Massagen, Taxifahrten zur ambulanten Behandlung u. a.
- Der Zuschuß zu Kuren wird gestrichen.
- Noch mehr Medikamente, Heil- und Hilfsmittel müssen die Kranken selber bezahlen.
- Verschiedene Leistungen werden nur noch bis zu einer bestimmten Höhe erstattet; was darüber hinaus geht, zahlt der Kranke (Festzuschußprinzip; bei Hörgeräten z. B. 800 DM). Für Medikamente wird das gleiche Prinzip angestrebt.
- Vom Zahnersatz wird noch weniger als jetzt erstattet.

Wie es Blüms Art ist, hatte er zu diesem Katalog von Massenbelastungen ein demagogisches Bonbon zu bieten: Die Pharmaindustrie solle einen finanziellen „Solidarbeitrag“ leisten. Der Bundesverband der pharmazeutischen Industrie erklärte dazu kühl, in solch einem Fall werde man alle verfügbaren Mittel einsetzen: von der Forschungsverlagerung ins Ausland bis zu Massenentlassungen und Produktionsstilllegungen. Auch die FDP ließ wissen, daß mit ihr über solch eine Idee nicht zu reden sei.

3.5 „Ungeschützte“ Arbeitsverhältnisse und der Kampf um das Normalarbeitsverhältnis

Vorangetrieben durch das Beschäftigungsförderungsgesetz von 1985 ist momentan ein massiver Schub zur Aushöhlung des Normalarbeitsverhältnisses festzustellen. Dabei spielen Konzepte des Kapitals eine zentrale Rolle, die über Zeitverträge, Leiharbeiterersatz, „neue Selbständige“ und Expansion der Teilzeitarbeit den Personaleinsatz flexibilisieren. Der Sektor „ungeschützter“ Arbeitsverhältnisse hat sich in den letzten Jahren hierdurch erheblich ausgedehnt.

Tabelle 1: Erwerbstätige außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses 1984 und 1986 (in 1000)

	1984	1986
1. Erwerbstätige ¹	25 304	25 736
2. Abhängig Beschäftigte ¹	22 038	22 465
3. Registrierte Arbeitslose ¹	2 266	2 228
4. Stille Reserve ¹	1 288	1 161
Σ 3+4	3 554	3 389
5. Kurzarbeiter ²	384	197
6. ABM-Beschäftigte ²	80	102
7. Befristete Arbeitsverhältnisse ³	900	1 900 (1750) ⁴
8. Registrierte Leiharbeitskräfte ²	32	70
9. Teilzeitarbeitskräfte ⁵	2 891	3 150
10. davon: nicht sozialversichert	1 056	ca. 1 200
Σ 5–10 (in Prozent von 2)	4 287 (19,4)	5 419 (24,1)
Σ 3–10 (in Prozent von 2–4)	7 841 (30,6)	8 808 (34,0)

¹ Ifo, Wirtschaftskonjunktur 7/1987, S. A 11.

² ANBA, Arbeitsstatistik 1984 und 1986 – Jahreszahlen. Die Angaben sind Jahresdurchschnittszahlen, die Zahl der während eines Jahres Betroffenen ist weitaus höher.

³ Ergebnisse einer Repräsentativumfrage von FORSA Dortmund.

⁴ Angaben nach einer Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin im Auftrag des BMAS, Berlin/W. 1987.

⁵ Statistisches Bundesamt, Fachserie 1, Reihe 4.2; MittAB 3/1986, S. 362; für 1986 eigene Schätzung.

(Quelle: K. Pickshauss, Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektive des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 13, Frankfurt 1987, S. 211)

So ist die Gesamtzahl der instabilen und „sozial ungeschützten“ Arbeitsverhältnisse von 1984 bis 1986 um ca. 1 Mio. auf insgesamt etwa 5,2 bis 5,4 Mio. gestiegen. Das ist etwa ein Viertel der abhängig Beschäftigten. Die Zahl der wirklich Betroffenen liegt noch höher, da vielfach nur auf Jahresdurchschnittszahlen – so bei den Kurzarbeitern – oder Schätzungen – so bei den befristeten Arbeitsverhältnissen – zurückgegriffen werden konnte, bzw. von hohen Dunkelziffern auszugehen ist wie bei der Leiharbeit.

Gleichzeitig existiert eine Reservearmee von 3,4 Mio. Arbeitslosen, deren Grenzen zu den instabilen Arbeitsverhältnissen fließend sind. Bei einer zu erwartenden erneuten zyklischen Krise wird dieses Arbeitslosenheer zuerst und vor allem aus dem „ungeschützten“ Arbeitskräftepotential Zufuhr erhalten.

Insgesamt fallen also schon 34 Prozent der Erwerbstätigen aus dem Schutz eines Normalarbeitsverhältnisses heraus, d. h. umgekehrt: Nur noch zwei Drittel sind durch die Regelungen des Normalarbeitsverhältnisses momentan abgesichert.

Das Normalarbeitsverhältnis im Sinne einer „stabilen, sozial abgesicherten Vollzeitbeschäftigung“ (G. Bosch) ist bisher durch Normen geprägt, die sich an männlichen Lebensentwürfen und Berufsverläufen orientieren. Instabile und „ungeschützte“ Beschäftigungsverhältnisse außerhalb der Sicherungen eines Normalarbeitsverhältnisses sind deshalb bislang im wesentlichen auf Frauen konzentriert. Erreichen Dimension und Dynamik der Ausweitung „ungeschützter“ Arbeitsverhältnisse inzwischen auch die männlichen Lohnabhängigen? Welche Gruppen der instabil Beschäftigten sind im einzelnen auszumachen?

a) Befristete Arbeitsverhältnisse: Der Anteil der befristet Beschäftigten hat sich nach einer repräsentativen Umfrage des FORSA-Instituts mit 8,5 Prozent im Herbst 1986 gegenüber 4,1 Prozent 1984 verdoppelt (von 900 000 auf 1,9 Mio.). Dabei wurden nach Schätzungen mindestens 600 000 ehemalige Dauerarbeitsplätze durch befristete Stellen ersetzt. Das Wissenschaftszentrum Berlin weist in einer Untersuchung aus, daß 1986 1,75 Mio. Personen (8 Prozent aller abhängig Beschäftigten) in einem befristeten Arbeitsverhältnis standen; im Juni 1985 waren es 1,5 Mio.

Nach FORSA sind Männer und Frauen ungefähr gleich von Befristungen betroffen. Männer werden allerdings eher in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen. Nach Ergebnissen des Mikrozensus für 1985 ist schon vor Wirksamwerden des BeschFG bei insgesamt 1,5 Mio. befristeten Arbeitsverhältnissen ein höherer Anteil von Frauen festzustellen.

Überproportionale Anteile befristeter Arbeitsverhältnisse sind in Branchen mit hohen Frauenquoten (Handel, Textil- und Bekleidungsindustrie), bei Teilzeitarbeitskräften, bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern/innen an den Hochschulen und in den Krisenregionen festzustellen. Da viele Jugendliche nach der Ausbildung nur Zeitverträge erhalten, wächst eine Generationengruppe, die im wesentlichen durch instabile Beschäftigungsverhältnisse geprägt ist. Ein Viertel bis zur Hälfte der befristet Beschäftigten werden je nach Branche, Region und Qualifikation in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

b) Leiharbeit: Auch die Zahl der Leiharbeitskräfte („Arbeitnehmerüberlassung“) hat erheblich zugenommen. Nach einem konjunkturbedingten Rückgang 1982/83 stieg die Zahl der von der Bundesanstalt für Arbeit durch eine Stichtagmessung erfaßten Leiharbeitskräfte von ca. 33 000 (1984) und 49 000 (1985) auf über 70 000 (1986). Bezieht man alle Leiharbeitsverhältnisse eines Jahres ein, so ergeben sich weit über 200 000. 80 Prozent der Leiharbeitskräfte sind männlich, nur 20 Prozent weiblich.

c) Teilzeitarbeit: Die größte und nach wie vor wachsende Gruppe ist die der Teilzeitkräfte, die nicht dem Schutz der Regelarbeitszeit unterliegen. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten (statistisch als Beschäftigte mit normalerweise 1–36 Wochenarbeitsstunden gefaßt) hat von 1980 bis 1986 um eine halbe Million auf insgesamt 3,15 Mio. zugenommen. Etwa 40 Prozent der Teilzeitbeschäftigten, ca. 1,1 Mio., gehörten 1985 zu den „geringfügig Beschäftigten“ (sogenannte „Pauschalkräfte“), die weniger als 15 Wochenstunden arbeiten, unter 430 DM im Monat verdienen und deshalb aus dem Schutz der Renten- und Krankenversicherung herausfallen.

90 Prozent aller Teilzeitkräfte sind Frauen. Jedoch ist der Anteil der Männer an allen Teilzeitbeschäftigten von 1982 7,1 Prozent auf 10 Prozent 1985 gestiegen. Während die Teilzeitquote bei den Frauen von 30,2 Prozent (1982) auf 32,0 Prozent (1985) anstieg, erhöhte sie sich bei den Männern im gleichen Zeitraum von 1,4 Prozent auf 2,2 Prozent.

Kann der Anstieg der männlichen Teilzeitarbeit möglicherweise als eine Folge von z. T. freiwillig reduzierten Arbeitszeiten vor allem bei höheren Einkommensgruppen (z. B. Lehrern) gedeutet werden? Diese Tendenz ist sicherlich wirksam, wenngleich beachtet werden muß, daß über 50 Prozent der 300 000 männlichen Teilzeitkräfte in „ungeschützten“, d. h. nicht sozialversicherten Arbeitsverhältnissen zu finden sind.

Von der Deregulierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und der Ausweitung des Sektors „ungeschützter“ Lohnarbeit sind nach wie vor in erster Linie Frauen betroffen. Männliche Teile der Lohnabhängigen werden vor allem durch die Leiharbeit und durch die zunehmende Befristung von Arbeitsverhältnissen einbezogen. Dies trifft besonders auf die jüngeren Lohnabhängigengruppen zu. Die Folgen dieser Erosion des Normalarbeitsverhältnisses für die Handlungsbedingungen der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften sind gravierend: Wachsende Gruppen mit instabilen Arbeitsverhältnissen, die kaum organisiert sind, erschweren einheitliche Aktionen im Betrieb. Spaltungen zwischen Rand- und Stammgruppen der Belegschaften nehmen zu. Der Prozeß der Entrechtung und des Abbaus der sozialen Standards erreicht auch die Stammebelegschaften.

Zwar wurde das Problembewußtsein in jüngster Zeit in manchen Gewerkschaften geschärft, jedoch wirken die Versäumnisse der Vergangenheit als Hindernis bei der notwendigen Aktivierung dieses Feldes der Interessenvertretung.

Der Ausgleich der Regelungsdefizite insbesondere bei der Teilzeitarbeit ist vordringlich auch eine tarifpolitische Aufgabe.

3.6 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung steigt in den letzten Monaten nur noch geringfügig an. Die saisonbereinigten Ziffern beleuchten diese Tendenz zur Stagnation. Gemessen an den geleisteten

Beschäftigtenstunden ist das Vorjahresniveau sogar unterschritten. Dabei ist zusätzlich anzumerken, daß durch die Einführung des Erziehungsgeldes und die damit verbundene Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs die Entwicklung überzeichnet wird: Da bei Inanspruchnahme des Erziehungsgeldes das Beschäftigungsverhältnis bestehenbleibt, werden die betreffenden Personen in der Statistik weitergeführt, ebenso wie die dafür eingestellten Ersatzarbeitskräfte. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) führt dies z. B. 1987 zu einer Überhöhung der Beschäftigtenzahl um 64 000. Tatsächlich hat die Beschäftigung 1987 also nicht um etwa 140 000, sondern um weniger als 80 000 zugenommen.

Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft (saisonbereinigt)

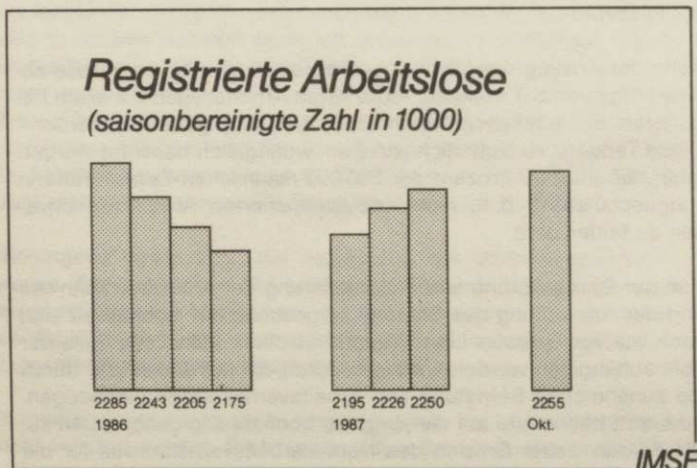
	1 9 8 6				1 9 8 7		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Beschäftigte (1 000)	22 322	22 398	22 478	22 521	22 554	22 578	22 596
Arbeitsstunden (Mill. Stunden)	10 581	11 058	10 956	10 910	10 920	10 761	10 881

(Quelle: DIW-Wochenbericht, 47/1987, S. 648)

Die Arbeitslosigkeit dagegen steigt weiter an. Bei saisonbereinigter Betrachtung lag die registrierte Ziffer Ende Oktober 1987 um mehr als 60 000 über dem Stand vom Jahresanfang.

Registrierte Arbeitslose (saisonbereinigte Zahl in 1000)

1986				1987		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
2285	2243	2205	2175	2195	2227	2250



Die monatlichen registrierten Arbeitslosenziffern liegen seit Mitte des Jahres auch wieder über den entsprechenden Vorjahreswerten, und zwar mit wachsendem Abstand.

Arbeitsmarkt 1987

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	2497	- 93	428	+ 165	150	+ 28
Februar	2488	- 105	382	+ 87	165	+ 28
März	2412	- 36	463	+ 168	180	+ 22
April	2216	- 14	302	+ 86	179	+ 22
Mai	2099	- 23	222	+ 49	181	+ 11
Juni	2097	+ 19	184	+ 66	182	+ 9
Juli	2176	+ 44	216	+ 129	180	+ 10
August	2165	+ 45	175	+ 98	177	+ 8
September	2107	+ 61	253	+ 73	180	+ 15
Oktober	2092	+ 66	289	+ 54	171	+ 16

1 in 1000 Personen

2 Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Am Jahreswechsel 1987/88 dürfte die Zahl deutlich über die Marke von zweieinhalb Millionen ansteigen – im „Gemeinschaftsgutachten“ der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute hatte es im Herbst 1987 noch geheißen: „Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird um fast 100 000 zurückgehen. Am Ende des Jahres 1987 wird die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen immer noch reichlich 2 Millionen betragen.“ Tatsächlich liegt sie aber um rund 100 000 über dem Vorjahresstand und beträgt saisonbereinigt etwa 2,3 Millionen.

Die in der letzten Ausgabe der INFORMATIONEN wiedergegebene „Arbeitsmarktbilanz“ ist in der jüngsten Vorausschätzung des IAB weiter nach unten korrigiert worden.

Arbeitsmarktbilanz¹

	1986	1987 ²	1988 ²
Erwerbs-			
personen	29 119	29 259	29 379
Erwerbstätige	25 702	25 842	25 892
darunter:			
Abhängige	22 431	22 566	22 611
Registrierte			
Arbeitslose	2 228	2 235	2 275
Stille Reserve	1 189	1 182	1 212
Tatsächliche			
Arbeitslose	3 417	3 417	3 487

1 In 1000 Personen

2 Schätzung des JAB, 1988 bei einer Wachstumsrate des Sozialprodukts von 2 Prozent

(Quelle: JAB-Mitteilungen 3/1987, S. 283)

Nun wird in den jüngsten Prognosen für 1988 ein noch schwächeres Wachstum erwartet, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung rechnet z. B. nur noch mit einer Wachstumsrate von 1,5 Prozent, entsprechend mit einer Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit um 70 000 Betroffene. Das IAB ist nur von 40 000 registrierten Arbeitslosen zusätzlich ausgegangen. Schwächt sich das Wachstum im Zuge einer neuen Rezession 1988 noch weiter ab, so kann die Ziffer der tatsächlichen Arbeitslosigkeit 1988 an die vier Millionen erreichen. Bezogen auf die Zahl der Erwerbspersonen sind schon heute etwa 12 Prozent erwerbslos.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus.
Die Abschnitte 1.4 und 1.5 wurden von Elvio Dal Bosco, 2. und 3.4 von Gert Hautsch verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 24. 11. 1987. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 90 07 49, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.